



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Information 457/2018

Potsdam, 20.07.2018 (ch)

Kooperationsvereinbarung zur Stärkung der sozialen Wohnraumversorgung unterzeichnet

Heute unterzeichneten der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Jann Jakobs, und Vertreterinnen und Vertreter der Potsdamer sozialen Wohnungswirtschaft eine Absichtserklärung über die Stärkung der sozialen Wohnraumversorgung durch Wohnungsneubau. Darin einigen sich die Mitglieder des Arbeitskreises StadtSpuren und die Landeshauptstadt Potsdam darauf, mehr Wohnungen für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen, junge Menschen, Studierende, Familien und Ältere zu bauen.

Dazu erläuterte der Oberbürgermeister: „Es gibt keine bessere Mietpreisbremse in Potsdam als das Wohnungsangebot unserer traditionsreichen Wohnungsbaugenossenschaften, des Studentenwerks sowie der städtischen ProPotsdam. Ohne ihren hohen Anteil von etwa 40 Prozent am Wohnungsbestand wären die Mieten bereits noch weitaus stärker gestiegen. Die Wohnungsbestände unter dem Dach der Mitglieder des Arbeitskreises StadtSpuren müssen sich deshalb entsprechend des Wachstums unserer Stadt vergrößern.“

Das kommunale Wohnungsunternehmen ProPotsdam GmbH plant bereits, bis 2030 insgesamt 2500 zusätzliche Wohnungen zu errichten. Die Wohnungsgenossenschaften beabsichtigen nun, mit einem eigenen Wohnungsbauprogramm bis zu 1000 Wohnungen bis zum Jahr 2028 hinzuzufügen. Um gemeinsam die soziale Wohnraumversorgung zu verbessern, wird eine engere Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der ProPotsdam GmbH und den bauenden Genossenschaften auf den Feldern Bedarfsanalyse, Flächenmanagement, Grundstücksentwicklung und Quartiersentwicklung verabredet.

Dazu ergänzt Matthias Pludra vom Vorstand der Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 eG (PWG 1956): „Der genossenschaftliche und am Gemeinwohl orientierte Wohnungsbau hat in Potsdam eine lange Tradition und genießt auch aktuell hohe Priorität. Um auch in den nächsten Jahren den städtischen und den eigenen Bedarf an Wohnraum zu decken und damit auch zur weiteren Stabilisierung des Wohnungsmarktes beizutragen, braucht es jedoch ein neues Herangehen. Die heute getroffenen Vereinbarungen zielen darauf ab, die Ressourcen der Beteiligten zu bündeln und sie zu fokussieren auf eine effiziente und sozialverantwortbare Wohnraumversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Potsdamer Wohnungsmarkt durch günstige Mieten und mehr öffentliche Bindungen zu stabilisieren.“

Neben der Weiterentwicklung bestehender Quartiere im Bereich der technischen und sozialen Infrastruktur soll die Zusammenarbeit der Kooperationspartner innovative Projekte im Wohnungsbau, in der Energieversorgung und der Mobilität voranbringen. Außerdem sollen gemeinsame Antworten auf die demografischen und klimabedingten Herausforderungen entwickelt werden. Die Genossenschaften wollen darüber hinaus prüfen, in welcher Form sie sich bei der Entwicklung von Krampnitz engagieren. Bert Nicke, Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH begrüßt diese Bereitschaft: „Es wäre ein wichtiges Signal, wenn sich die Genossenschaften in die Entwicklung eines neuen Stadtteils im Potsdamer Norden einbringen. Die Zusammenarbeit kann vielerorts Früchte tragen und damit die soziale Wohnungswirtschaft insgesamt stärken.“

Auch das Angebot für Studierende muss in Potsdam verbessert werden. Die Versorgungsquote für Studierende liegt in Potsdam unter dem Bundes- und Landesschnitt. Der Geschäftsführer des Studentenwerks Potsdam, Peter Heiß, sieht mit dem Neubauprojekt in Golm oder dem geplanten Wohnheim in der Potsdamer Mitte die Stadt und das Land auf dem richtigen Weg. Gleichzeitig fordert er noch größere Anstrengungen: „Das Studentenwerk ist beim Neubau von Wohnheimen auf die Finanzierung durch das Land angewiesen. Wir hoffen auf einen großen Wurf bei der Überarbeitung der Landesgesetze zur Wohnraumförderung.“

Die Kooperationspartner vereinbarten, die Absichtserklärung organisatorisch abzusichern und sich regelmäßig auszutauschen. Neben dem traditionsreichen „Wohnungspolitischen Ratschlag“ mit dem Oberbürgermeister soll ein weiterer Jour fixe zwischen dem Arbeitskreis StadtSpuren und der Landeshauptstadt etabliert werden. Gemeinsam mit dem Baubeigeordneten Bernd Rubelt sollen Entscheidungen vorbereitet und damit die Verfahren bis zur Realisierung der Neubauprojekte beschleunigt werden.